aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 3 | November 2019 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

Neue Bewegungen erschüttern weltweit das System

INHALT DIESER AUSGABE:

Brauner Terror, Blaue Parteien – droht ein neues 1933/34? ... S. 2

Proteste in Chile ..... S. 11

Wie sich globale und regionale Mächte auf Kosten der KurdInnen Syrien aufteilen ..... S. 12

Roboter ersetzt Mensch ..... S. 13

Kein weiter so: Tarifloser Zustand im öffentlichen Dienst ..... S. 14

Wien: Erfolgreicher Kampf in der Pflege ..... S. 15

Buchvorstellung: Andreas Malm – Das fossile Kapital ..... S. 16

Wutausbruch bei der französischen Bahn ..... S. 18

Wir haben in den letzten Jahren weltweite Rechtsentwicklungen und autoritäre Tendenzen erlebt. Rassismus und Frauenfeindlichkeit, aber auch die Ausbeutung am Arbeitsplatz haben zugenommen. In Deutschland haben der Anschlag in Halle und das AFD-Wahlergebnis in Thüringen die Frage von illegalen und legalen rechtsextremen Netzwerken auf die Tagesordnung gesetzt. In Österreich hat bereits die zweite Regierungskoalition mit FPÖ-Beteiligung ihr Ende erreicht. Die Unterordnung armer Länder unter Sparauflagen von Währungsfonds und Weltbank schien seit der Kapitulation von Syriza in Griechenland unwidersprochen. In Syrien hat mit dem Einmarsch von Erdogan in Rojava gegen den Willen der BewohnerInnen eine neue Aufteilung der Region unter Großmächte und Regionalmächte stattgefunden. Doch aktuell sehen wir auf der ganzen Welt Bewegungen und Klassenkämpfe gegen die herrschende Politik, in denen die Menschen wieder ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

In Ecuador haben Massenbewegungen die vom IWF verordneten Sparprogramme zurückgeschlagen. In Chile, dem Ursprungsland des Neoliberalismus, kämpfen Millio-

nen gegen dessen Auswüchse und zwingen die Regierung zu Zugeständnissen. Auch im Irak und im Libanon wehren sich die Menschen gegen ihre elenden Lebensumstände und bringen ihre Regierungen in Bedrängnis. Sie überwinden damit religiöse und ethnische Spaltungen und leisten gemeinsam Widerstand. In Ägypten haben zuletzt Demonstrationen gezeigt, dass die Zeit der Angst trotz bestehender Diktatur vorbei ist. Bewegungen gegen nationale Unterdrückung in Hong Kong und Katalonien mobilisieren große Teile der gesamten Bevölkerung.

Und auch in unserer näheren Umgebung finden soziale Konflikte statt. Die Demonstrationen gegen den Angriff auf Rojava haben seit Jahren wieder eine relevante Antikriegsbewegung im deutschsprachigen Raum auf die Straße gebracht. Während die Gelbwestenbewegung in Frankreich ihr einjähriges Jubiläum mit großen Demonstrationen begeht, haben die LokführerInnen mit einem spontanen wilden Streik den Schienenverkehr vollkommen zum Erliegen gebracht und eine neue Dynamik entfacht.

In Wien hat eine Basisbewegung in den Krankenhäusern nach einem halben Jahr Kampf ihre Forderung erkämpft. In Berlin werden die Mieten begrenzt, nachdem hunderttausend MieterInnen auf die Straße gegangen sind. Die Klimabewegungen um Fridays for Future haben das Thema Klimakatastrophe ins Zentrum der politischen Debatten gerückt. Die falschen Antworten der Politik werden weitere Reaktionen hervorrufen. Die schwächelnde Konjunktur in Deutschland und Österreich wird wieder zu vermehrten Verteilungskämpfen führen.

Auf einige dieser Krisen, Konflikte und Bewegungen gehen wir in dieser Ausgabe der Aurora ein. Politisch aktiv zu sein bedeutet auch, die aktuellen Entwicklungen zu verstehen. Der neoliberale Kapitalismus kann immer weniger Menschen eine Perspektive bieten. In den kommenden Kämpfen ist es wichtig, die Idee einer antikapitalistischen Alternative zu verbreiten.

ANALYSE

Brauner Terror, blaue Parteien – droht ein neues 1933/34?

Am 9. Oktober versuchte der deutsche Rechtsextremist Stephan Balliet am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in die Synagoge in Halle (Sachsen-Anhalt) einzudringen. In voller Kampfmontur, bewaffnet mit vier Schusswaffen und mehreren Kilo Sprengstoff, war sein Ziel möglichst viele JüdInnen zu ermorden. Die Türen der Synagoge hielten den Schüssen und dem Sprengstoff des Attentäters stand. Frustriert von seinem Scheitern und in seinem Wahn Menschen zu ermorden zog er durch Halle, tötete eine Passantin und drang mit den Worten „Döner. Nehmen wir!“ in einen Imbiss ein. Dort tötete er einen jungen Bauarbeiter, der gerade seine Mittagspause in dem Dönerimbiss verbrachte. Schlussendlich stoppte ihn die Polizei.

Dieser Anschlag reiht sich ein in eine Serie von faschistischen und rechtsradikalen Anschlägen: das nie aufgeklärte Wehrhahn-Attentat in Düsseldorf 1999, die rechte Terrorgruppe NSU 2000-2007, massenweise Angriffe und Brandanschläge auf Flüchtlingsheime 2015-2018 und ebenfalls 2019 der Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke. Diese Serie von Anschlägen muss im Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Rechtsverschiebung der letzten Jahre gesehen werden. Zudem ist der rechte Terror auch international in den Fordergrund getreten: So der Angriff von Anders Breivik 2011 auf sozialdemokratische Jugendliche in Norwegen mit 77 Toten, der Angriff auf eine Demonstration in Charlottesville (USA) 2017 bei der ein Rechtsradikaler mit seinem Fahrzeug eine Antifaschistin überfuhr oder die Attentate von Christchurch (Neuseeland) im März 2019 bei denen 51 Menschen ermordet und 50 weitere schwer verletzt wurden. So weit räumlich diese schrecklichen Taten räumlich auseinanderliegen, ist es doch bezeichnend, dass sich sowohl Breivik als auch der Mörder aus Neuseeland

Rosenmontagszug – Schon 2016 wurde beim Düsseldorfer Rosenmontagszug deutlich gemacht – hinter der blau-bürgerlichen Fassade steckt braun-faschistischer Inhalt.

auf die gleichen rechten Verschwörungstheorien der „bewussten Umvolkung“ der „weißen Rasse“ durch MuslimInnen und MigrantInnen beriefen. Ein Begriffsbild übrigens, das im Vokabular des AfD-Oberfaschisten Björn Höcke ebenso wie beim „gemäßigteren“ AFD-Chef Gauland vorkommt. Auch der ehemalige FPÖ-Politiker John Gudenus (Vater von Johann Gudenus) hing dieser Verschwörungstheorie an und der Ex-FPÖ-Chef Hans-Christian Strache sprach noch im März 2019 vom „Bevölkerungsaustausch“.[1]

Im folgenden Artikel versuchen wir rechte Strukturen in Österreich und Deutschland zu analysieren, die Arbeit der Antifa zu beleuchten und mögliche Lösungsansätze im Kampf gegen Rechtsradikalismus und Faschismus zu erläutern.

Rechte Strukturen in Deutschland...

2018 stufte der deutsche Inlandsgeheimdienst („Verfassungsschutz“) 24.100 Personen als „rechtsextremistisch“ ein – mehr als der Hälfte davon hielt er für „gewaltbereite Rechtsextremisten“. Seit den Anschlägen auf MigrantInnen zu Beginn der 1990er weiß man um deren Gefährlichkeit, der deutsche Staat aber ist traditionell auf dem rechten Auge blind (siehe Kasten, S. 4). Neu ist die Gewalt von Rechts also nicht. Relativ neu ist gemessen an den Skinhead-SchlägerInnen der 1990er allerdings, das Ausmaß, in dem Rechtsextreme und FaschistInnen sich in regelrechten Terrorzellen vernetzen. Neu ist, dass es offensichtlich umfangreiche Strukturen innerhalb der Polizei und der Bundeswehr gibt. [2]

Haftbefehl gesucht, aber es fehlt jede Spur von ihnen. In den letzten Jahren wurden mehrere rechte Terrorgruppen ausgehoben. Darunter die „Oldschool Society“, die „Gruppe Freital“ und zuletzt „Revolution Chemnitz“.[3] Bei diesen Vereinigungen handelt es sich um kleinere Gruppierungen, die örtlich und regional Terrorakte verübten oder planten und auch vereinzelt InformantInnen bei der Polizei hatten, wie die Gruppe Freital.[4]

> « Relativ neu ist [...] das Ausmaß, in dem Rechtsextreme und FaschistInnen sich in regelrechten Terrorzellen vernetzen. »

Neu ist auch, dass sie sich im Netz austauschen und organisieren und sich auf einen Staatsstreich am „Tag X“ vorbereiten. Und für Deutschland ist neu, dass rechte und rechtsradikale Äußerungen immer salonfähiger werden und es eine Partei gibt, die Sprachrohr und parlamentarischer Arm einer neuen rechten Bewegung ist – die AFD.

Dass es ein großes Potenzial für rechtsradikalen Terrorismus und rechte UnterstützerInnenkreise gibt, zeigt allein die Zahl an untergetauchten RechtsextremistInnen. 467 Rechtsextreme werden per

Rechte Terrornetzwerke in Bundeswehr und Polizei: „Hannibal“ und „Nordkreuz“

Im Gegensatz dazu sind das Hannibal-Netzwerk in der Bundeswehr – vor allem im Kommando „Spezialkräfte“ und bei anderen Eliteeinheiten – und das eher in der Polizei angesiedelte Netzwerk „Nordkreuz“ Gruppierungen die hauptsächlich aus ehemaligen und aktiven SoldatInnen und PolizistInnen bestehen. Zwischen beiden bestehen Verbindungen. Beide bereiteten sich gezielt auf einen Tag X vor, bei dem sie tausende Men-

schen, die sich als politische GegnerInnen betrachteten, ermorden wollen. Mit Hilfe von Dienstcomputern der Polizei, auf die Mitglieder des Netzwerkes Zugriff hatten, und gehackten Daten erstellten sie eine Liste von 25.000 „Feinden“ in denen unter anderem Adressen, Telefonnummern und Bilder auftauchten. Des Weiteren lagerten sie Munition und Sprengstoff sowie bestellten sie Leichensäcke und Löschkalk für Massenerschießungen. Ebenso beschafften Mitglieder eines Spezialeinsatzkommandos radikalen „Preppern“ Munition.[5]

Beim „Bürgerdialog“ der AFD in Düsseldorf im April 2019: Die offenen Neonazis der aus Düsseldorf stammenden „Bruderschaft Deutschland“ sind als Gäste selbstverständlich dabei. Am 3. Oktober 2019 riefen sie auf der Nazidemo in Berlin: „Wenn wir wollen, schlagen wir euch tot!“

Und auch die AfD hat ihre Finger tief drin

Eine Reihe der Mitglieder sind oder waren gleichzeitig Mitglieder der AfD. Mehr noch: Auffallend viele Mitglieder des Hannibal-Netzwerkes stammen aus der Fallschirmspringer-Kaserne Altenstadt. Der frühere Kommandant der Kaserne Fritz Zwicknagl arbeitet heute für die AfD im Bundestag und der Brandenburgische AfD-Chef und offene Rechtsextreme Andreas Kalbitz war dort jahrelang Ausbilder.[6] Auch über das Netzwerk hinaus erfährt die AfD breite Unterstützung von Bediensteten staatlicher Repressionsorgane. Ca. 2,100 der 35,000 AfD-Mitglieder sind Bundeswehrangehörige.[7] In vielen Kreis- und Landesverbänden kandidierten unzählige aktive und ehemalige PolizistInnen für die AfD. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade PolizistInnen und SoldatInnen und nicht unbedingt GärtnerInnen oder TaxifahrerInnen überproportional bei der AfD oder in rechten Netzwerken aktiv sind. Viele PolitikerInnen reden immer wieder von Einzelfällen. Es geht aber um viel mehr. Es ist die gesellschaftliche Rolle die Militär und Polizei im Kapitalismus einnehmen, nämlich die bestehenden Verhältnisse zu verteidigen und aufrecht zu erhalten, die sie obrigkeitshörig, autoritär und gewaltaffin werden lässt und wertekonservative bis rechtsextreme Positionen fördert. Dies trifft natürlich nicht auf alle zu. Aber es gibt in dieser politischen Haltung viele Überschneidungen mit der Rolle, die die AfD einnehmen möchte.

Die Rolle des Staates und auch der großen Parteien, allen voran CDU/CSU und der SPD, sind keine unbedeutenden. In ihren Reihen gibt es auch unzählige rechte, rassistische und nationalistische Mitglieder, die in den letzten Jahren den Diskurs nach rechts verschoben haben. Prominente Beispiele sind der SPD-

Deutschland: Nazi-Terror in Zahlen... und Dunkelziffern.

Im Verfassungsschutzbericht von 2018 werden 19.409 rechte Straftaten aufgelistet, wovon „nur“ 1,088 als Gewalttaten gelten. Diese Zahl muss nach den Erfahrungen der Vergangenheit stark angezweifelt werden. Im Jahr 2016, einem Höhepunkt rechter Gewalt, wurden vom „Verfassungsschutz“ 1,300 Körperverletzungen gezählt[8], während Opferverbände im selben Jahr allein in den fünf ostdeutschen Bundesländern 1,948 Gewalttaten registrierten.[9]

Ebenso wurde die Zahlen der seit 1990 von Rechten ermordeten Menschen – nach Angaben der Amadeu Antonio Stiftung mindestens 198 – über Jahre von staatlicher Seite klein geredet und nur gut die Hälfte als solche gezählt. Aufgrund öffentlichen Drucks überprüften die Landeskriminalämter 3,300 unaufgeklärte versuchte und vollendete Tötungsdelikte zwischen 1990 und 2011 noch einmal auf ein mögliches rechtsextremes Tatmotiv. Ergebnis war, dass bei 745 Tötungsdelikten und –versuchen Anhaltspunkte für ein rechtes Tatmotiv gefunden worden sind.[10]

Politiker Sarazin oder der ehemalige CDU-Politiker Gauland, der heute AFD-Chef ist. Nicht zufällig sind 10 Prozent der AfD-Mitglieder ehemalige CDU-AnhängerInnen.[11] Viele rechte politische Maßnahmen, wie die Verschärfung des Asylrechts, die Abschottung der Europäischen Grenze und die Ausweitung der Befugnisse der Polizei, wurden von CDU/CSU und SPD beschlossen. Diese tragen zu einer zunehmenden Verschlimmerung der Situation bei und bereiten erst recht den Boden für rechte Politik und Stimmungen auf.

... und in Österreich

In Österreich scheint es bis jetzt keine vergleichbaren Netzwerke zu geben. Hier ist der Rechtsextremismus dafür bereits zu Regierungsämtern gekommen: Wenn es um rechte Strukturen in Österreich geht, geht es auch immer um die FPÖ und deren Verbindungen in die rechte/rechtsextreme Szene. Dass Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in der letzten Regierung mit der FPÖ koalierte ermöglichte nicht nur eine Normalisierung rechter bis rechtsextremer Argumente, sondern auch, dass die FPÖ viele staatliche Posten mit ihren Leuten besetzen konnte. Auch wenn die FPÖ nach dem Ibiza-Skandal bei den Wahlen viele Stimmen verloren hat, bedeutet das nicht, dass der Rechtsruck und die Gefahr von Rechts gestoppt ist.

Nach der Angelobung bzw. Vereidigung der letzten schwarz-blauen Koalition Ende 2017 wurde Sebastian Kurz in den Medien dafür gefeiert, dass er die FPÖ „gezähmt" und regierungstauglich gemacht hätte. Tatsächlich hat sich die FPÖ „staatstragender" inszeniert als in Opposition und Wahlkampf davor. Die bürgerliche Freude währte aber nicht lange. Schon bald gab es diverse Skandale, in denen Verbindungen zwischen der FPÖ und der rechtsextremen Szene sowie deutschnationalen Burschenschaften im Mittelpunkt standen. Immer wieder wurde versucht diese als vermeintliche „Einzelfälle" abzutun.

Braune Vergangenheit

In dieser Situation verkündete die FPÖ Anfang 2018 die Einberufung einer „Historikerkommission", die die Geschichte der Partei „unabhängig" aufarbeiten soll. Der Endbericht ist nach wie vor ausständig. Das Zwischenfazit entspricht aber genau dem, was die FPÖ beweisen wollte, dass sie „eine Partei wie nahezu jede andere ist". Die „Unabhängigkeit" der Kommission sowie deren Arbeitsweise ist freilich eine Lachnummer, was auch in bürgerlichen Medien kritisiert wird.

Unbestritten ist: die FPÖ gründete sich aus den Reihen des „Verbands der Unabhängigen" (VdU), ein explizites Auffangbecken für aktive Nationalsozialisten unmittelbar nach 1945. Bis heute bestehen enge strukturelle Verbindungen und personelle Überschneidungen zwischen der FPÖ und Burschenschaften sowie rechtsextremen Organisationen. Das alles ist freilich keine Überraschung oder neu – auch wenn die ÖVP und Sebastian Kurz manchmal einen solchen Eindruck erwecken wollen.

> « Es ist bezeichnend, dass die FPÖ wiedermal nicht über ihren Rassismus und ihre rechten Verbindungen, sondern erneut über das Thema Korruption gestolpert ist »

Kurz' Rechtsruck

Dass Kurz die FPÖ in die letzte Regierung geholt hat, zeigt welche Absichten und Ziele die Herrschenden verfolgen. Zum einen konnte Kurz, im Schatten des offenen Rassismus und Anti-Migrationsdiskurses der FPÖ, den bürgerlichen Mainstream weit nach rechts verschieben. Positionen, die vor 25 Jahren als rechtsextreme Hetze auf breite Ablehnung stießen, wurden so zu „vernünftigen" Forderungen der politischen Mitte.

Zum anderen wurde die Koalition mit der FPÖ als eine „Reformpartnerschaft", die endlich den Stillstand beendet und etwas voranbringt, inszeniert. Das Migrationsthema bildete die Hintergrundmusik in Dauerschleife und wurde strategisch dann in den Vordergrund geholt, wenn es galt von Angriffen abzulenken.

Ibiza und Ende der Koalition

Das Ibiza-Video hat zum vorzeitigen und sehr plötzlichen Ende der schwarz-blauen Koalition geführt. Es ist bezeichnend, dass die FPÖ wiedermal nicht über ihren Rassismus und ihre rechten Verbindungen, sondern erneut über das Thema Korruption gestolpert ist (ähnlich wie in der letzten schwarz-blauen Regierung 2000-2006). Mit der FPÖ konnte Kurz ein zentrales Anliegen der österreichischen Bourgeoisie – die tatsächliche Beendigung der Sozialpartnerschaft und den Beginn einer radikalen Ausdünnung des Sozialstaats – in Angriff nehmen. Bereits vor dem Ende der Koalition wurden aller-

dings steigende Spannungen zwischen den beiden Parteien ersichtlich. Die Geheimdienstskandale unter Ex-Innenminister Kickl (FPÖ), die im Kontext einer radikalen Umfärbung der tiefen Staatsapparate zu sehen sind, ließen es auch den Bürgerlichen etwas flau im Magen werden.

Auch innerhalb der FPÖ kam es zu steigenden Spannungen zwischen verschiedenen Flügeln. Während die Hardliner (repräsentiert durch Herbert Kickl) für einen kompromisslos, offen rechtsextremen Kurs stehen, setzen die „Staatstragenden" (repräsentiert durch Norbert Hofer) stärker auf kompromissbereite Mitverwaltung. Nachdem Wahldebakel im September 2019 scheinen diese Konflikte erstmal in den Hintergrund zu treten. Zunächst gilt es auch den Skandal um Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache zu verdauen.

Schwarz-Grün und rechte Gefahr

Derzeit scheint eine schwarz-grüne Koalition nicht unrealistisch zu sein. Dennoch ist eine Neuauflage von Schwarz-Blau nicht vom Tisch. Mit der FPÖ hätte Kurz einen passenden Partner für Angriffe auf Sozialstaat und MigrantInnen. Die rechtsextreme Rhetorik und Vergangenheit der Freiheitlichen wäre für eine erneute Koalition freilich kein Hindernis. Wenn dann schon eher die internen Verwerfungen der FPÖ, die sie zu einem unverlässlichen Partner werden lassen.

Sollte sich die FPÖ in der Oppositionsrolle gegenüber einer schwarz-grünen Regierung wiederfinden, müssen wir von erneuten Stimmenzuwächsen und einer Zunahme rechter und rechtsextremer Ideen ausgehen. Die Blauen sind darin geübt, sich nach Skandalen wieder kontinuierlich aufzubauen. In der Oppositionsrolle würde auch das offen rechtsextreme Lager in der FPÖ gestärkt werden. Die Freiheitlichen würden gezielt versuchen mit Anti-Feminismus, offenem Rassismus, sozialer Rhetorik und Klimapopulismus ein Auffang- und Sammelbecken zu schaffen. In einer solchen Situation werden die strukturellen Verbindungen zunehmen und der Einfluss von deutschnationalen Burschenschaften und rechtsextremen Organisationen eine Hochkonjunktur erleben.

Als Strategie gegen die FPÖ reicht es nicht ihre Verbindungen zu Neonazis und Rechtsextremen zu entlarven – diese sind allgemein bekannt. Sollte es tatsächlich zu einer schwarz-grünen Regierung kommen steht die Linke vor der Herausforderung deren neoliberale Maßnahmen zu bekämpfen. Diese notwendige Perspektive darf man keinesfalls als vermeintlich „kleinere Übel" aufgeben und so den Rechten überlassen.

Die Rolle der Antifa im Kampf gegen Rechts

Angesichts der Unfähigkeit oder Unwilligkeit des bürgerlichen Staates den Kampf gegen Rechts zu führen, wird diese Aufgabe seit den 1990er Jahren vor allem von mehr oder minder „autonomen" Antifa-Gruppen übernommen. Prominente RechtsextremimusforscherInnen wie Doris Liebscher halten „die Antifa" oft für bessere Informationsquellen über rechte Strukturen als die staatliche Organe.[12] Der Hauptverdienst der Antifa ist, dass sie einen Haufen Bildungs-, Informations- und Mobilisierungsarbeit leisten. Sie recherchieren zu rechtsextremen Strukturen in Verbänden, Parteien, in staatlichen Institutionen und in lokalen Räumen. Sie veröffentlichen Finanzquellen rechter Gruppen, Adressen von Einzelpersonen und von rechten Treffpunkten, ob es nun spezielle Geschäfte, Kneipen, Jugendclubs oder Kleingartenvereine sind. Oft, besonders im ländlichen Raum, sind sie es, die Gegendemonstrationen zu rechten Aufmärschen, Veranstaltungen oder Festen organisieren. Gegenkundgebungen zu rechten Aufmärschen, Aufklärungskampagnen und der tatkräftige Widerstand gegen den Aufbau rechter Strukturen sähen ohne „die Antifa" oft traurig aus oder fänden kurzerhand nicht statt.

Allerdings ist „die Antifa" keine homogene Bewegung, die einen Dachverband hat. Die Gruppen arbeiten weitgehend unabhängig voneinander und unterscheiden sich in der praktischen Arbeit und in den politischen Ansichten zum Teil sehr stark. Heute gibt in Deutschland mehr als 100 und in Österreich einige Dutzend lokale und regionale Gruppen.

Allerdings ist die Bedeutung „der Antifa" auch nicht zuletzt der Schwäche der revolutionären ArbeiterInnenbewegung zu „verdanken". Daher kann „die Antifa" aus unserer Perspektive nicht kritiklos betrachtet werden. Zuweilen sind ihre Aktionsformen wenig zielführend. Das Hauptproblem der meisten Antifagruppen ist, dass sie zwar versuchen viel gegen

« Der Hauptverdienst der Antifa ist, dass sie einen Haufen Bildungs-, Informations- und Mobilisierungsarbeit leisten. »

Rechts zu unternehmen, aber nicht offensiv eine Alternative für die gesellschaftlichen Probleme, die die Rechte wachsen lassen, anbieten oder umfassende Lösungen aufzeigen. Daher sind ihre Kämpfe meist reine Abwehrkämpfe gegen rechte Strukturen, ohne aber eine gesellschaftliche Perspektive anzubieten. Zwar verstehen sich die meisten Antifagruppen als zumindest antikapitalistisch (zuweilen bezeichnen sie sich auch als sozialistisch oder kommunistisch) und viele betonen den strukturellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus. Doch in den seltensten Fällen entwickeln sie Aktionsformen, die zu dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus führen könnten, denn ein reiner Kampf gegen Rechts reicht dafür nicht aus. Doch welche Möglichkeiten gäbe es den Kampf gegen Rechts mit dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verbinden?

Faschismustheorie von Trotzki

Trotzkis Faschismustheorie und seine Analyse des Zusammenhangs zwischen Faschismus und Kapitalismus aus den 1930er Jahren sind heute noch aktuell. Seine Analyse hat im wesentlichen drei Gedankengänge.

Erstens ist der Faschismus Ausdruck einer schweren gesellschaftlichen Krise des Kapitalismus, der versucht die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verteidigen. Historisch trat diese Krise in der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 auf, als es darum ging das Überleben der kapitalistischen Profitwirtschaft auf Kosten einer brutalen Rücknahme aller von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften Errungenschaften wie Arbeitszeitbegrenzung oder gewerkschaftliche Rechte durchzusetzen. Zugleich stellt der Faschismus auch außenpolitsch ein Mittel dar, um die Interessen des „nationalen Kapitals“ gegenüber den andere kapitalistischen Ländern zu verteidigen – auch mit dem Mittel des Krieges. Es ist festzustellen, dass es seit der Weltwirtschaftskrise 2008 ein erneutes Erstarken rechter und faschistischer Kräfte in Europa und Nordamerika gibt.

Zweitens, dass der Faschismus im Gegensatz zur demokratischen Form der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft versuchte durch brutalen Terror die ArbeiterInnenbewegung physisch und psychisch zu besiegen. Angesichts der Schärfe der Krise und der relativen Stärke der ArbeiterInnenklasse reichten dazu die normalen Unterdrückungsmittel wie Polizei, Geheimdienst und Militär nicht mehr aus. Der Faschismus stellte dem Bürgertum eine kleinbürgerliche Massenbasis (z.B. kleine Gewerbetreibende, Beamte, Bauern) bereit, durch die die notwendige Masse an Bevölkerung für den Klassenkrieg gegen die Arbeitenden vorhanden war.

Drittens kann der Faschismus – trotz seiner Massenbasis – nur an die Macht gelangen, wenn die Bourgeoisie ihm aktiv dazu verhilft und die KapitalistInnen, um die ArbeiterInnenorganisationen zu zerschlagen, auf die faschistischen Banden setzen. Denn der Faschismus und damit zunächst eine Phase des Bürgerkriegs bedeutet auch für die Unternehmen Erschütterungen des Marktes und der Profitbedingungen. Es bedeutet einen relativen Verlust der politischen Macht zugunsten der mehr oder minder charismatischen Führer der faschistischen Bewegung, die anders als „normale“ bürgerliche Politiker auch einzelne Teile der Bourgeoise (z.B. jüdische Großunternehmer oder ehrlich liberale Kapitalisten) bekämpfen.

Aus all dem schlussfolgerte Trotzki, dass der Kampf gegen den Faschismus keine Verteidigung der (bürgerlichen) „Demokratie“ sein könne, da diese durch die Schwere der Krise und die Notwendigkeit für die Unternehmen die Arbeiterbewegung zu zerschlagen eben nicht mehr erhalten werden könne. Das Aufkommen einer faschistischen Massenbewegung und eine schwere wirtschaftliche Krise stelle die Frage: Sozialismus oder Faschismus. Daher müsse der Kampf gegen den Faschismus auf einer proletarischen Klassenbasis beruhen, der auch mit einem Kampf gegen die gesellschaftlichen Ursachen, die sein Wachstum erst ermöglichen, verbunden werden. Darauf aufbauend argumentierte er für eine Einheitsfront der ArbeiterInnenorganisationen zur Abwehr der Nazis und lehnte zum Beispiel ab, sich auf die Institutionen des bürgerlichen Staates, wie die Polizei, im Kampf gegen Hitler zu verlassen. Er ging sogar weiter und schloss eine generelle Zusammenarbeit mit VertreterInnen des Kapitalismus aus.

> « Die heutige Situation weist zwar in einigen Punkten Parallelen mit den 30er Jahren auf , aber der Kapitalismus ist weder kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, noch gibt es eine starke ArbeiterInnenbewegung, die die Herrschenden ernsthaft bedroht »

Die heutige Situation weist zwar in einigen Punkten Parallelen mit den 30er Jahren auf (extreme Instabiltät der kapitalistischen Weltwirtschaft seit 2007/08, zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwischen

China, der EU und den USA, ...), aber der Kapitalismus ist weder kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, noch gibt es eine starke ArbeiterInnenbewegung, die die Herrschenden ernsthaft bedroht – wenn auch die Proteste gegen die Auswirkungen dieser Wirtschaftsordnung in diesem Jahr massiv zugenommen haben. In den kapitalistischen Zentren ist die Lage aber im Wesentlichen noch stabil und die ArbeiterInnenbewegung durch jahrelange Niederlagen, die Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie und das Fehlen einer politischen Alternative weitgehend gelähmt. Zudem ist auch der größte Teil des Kleinbürgertums heute eher im Lager der KlimaschützerInnen, der FlüchtlingshelferInnen und der Verteidiger der „Demokratie“ statt im Lager der extremen Rechten, wenn sich die Funktionäre der AfD oder der Pegida-Bewegung auch zu großen Teilen aus dem Kleinbürgertum rekrutieren.

Ausführliche Literatur:

L. Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?

L. Trotzki: Was Nun? – Schicksalsfragen des deutschen Proletariats

L. Trotzki:_ Porträt des Nationalsozialismus

Alle Texte sind verfügbar auf https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/index.htm

Steht der Faschismus vor der Tür? Droht ein neues 1933/34?

Im Moment sicher nicht! Weder der rechtsextreme Terror der NSU, noch die Verbindungen von Faschisten in Polizei und Bundeswehr oder ein erneutes Erstarken der FPÖ bei Wahlen werden alleine genügen, eine faschistische Diktatur aufzurichten. Dafür bräuchte es neben einer faschistische Massenbewegung, die sich aus Teilen des Kleinbürgertums rekrutiert, vor allem einen ernsthaften Willen zumindest wichtiger Teile des Großkapitals, die eine solche Lösung befürworten und offen einfordern. Denn eine faschistische Diktatur, die sich zunächst auf nur mehr oder minder kontrollierbare Banden (wenn auch militärisch aufgebaut) stützt und zumindest teilweise die politische Macht der Konzerne und GroßaktionärInnen zugunsten des Erhalts ihrer wirtschaftlichen Macht einschränkt, scheint im Moment nicht im Interesse (gerade) des exportorientierten deutschen Kapitals. Das gilt – trotz zweier FPÖ-Regierungsbeteiligungen – auch für Österreich oder andere kapitalistische Zentren wie die USA, Italien oder das Brexit-Land Großbritannien. So fürchterlich die rechtsextreme Politik von Salvini gegen Flüchtlinge, Johnsons Hetze gegen Muslime und Osteuropäer oder Trumps Leugnung des Klimawandels auch sind – eine Zerschlagung der Gewerkschaften und die massenweise Verhaftung und Ermordung politischer Gegner ist von ihnen im Moment nicht zu erwarten.

« Auch sind AfD wie FPÖ zwar in Teilen faschistisch, planen aber auf absehbare Zeit keinen grundsätzlichen Umsturz der bürgerlich-demokratischen Ordnung. »

Auch sind AfD wie FPÖ zwar in Teilen faschistisch, planen aber auf absehbare Zeit anders als Dollfuß oder Hitler keinen grundsätzlichen Umsturz der bürgerlich-demokratischen Ordnung. Sie pauschal als „Faschisten“ zu bezeichnen verharmlost eher den Faschismus und schwächt die ArbeiterInnenklasse dabei, ein klares Bild der Situation zu bekommen. Das wird auch nicht anders dadurch, dass nicht wenige ihrer Mitglieder wie Björn Höcke oder Andreas Kalbitz offene Faschisten sind.

Die Aufgabe der rechtsextremen Parteien besteht aus Sicht des Kapitals im Moment nicht in der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewe-

HC Strache beim FPÖ-Neujahrstreffen 2019 in Wien. ® *Bwag_Wikimedia*

gung und im Aufbau der Diktatur. Wohl aber setzt das Kapital im Vorgriff auf zu erwartende gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf einen vorbeugenden Abbau demokratischer Rechte, den Aufbau eines Überwachungsstaats und „härtere Gesetze“ gegen Arme und gegen soziale Proteste. Das stellt allerdings keine „schrittweise“ Errichtung des Faschismus dar – die meisten dieser Maßnahmen wurden in der Vergangenheit ja auch nicht durch eine FPÖ-Regierung (von der AfD ganz zu schweigen) sondern durch die voll und ganz bürgerlich-demokratischen Konservativen (CDU/ÖVP) und die Sozialdemokratien (z.B. in der BRD unter Schröder nach 2001).

Zum anderen aber – und das hat die jüngste Regierungsbeteiligung der FPÖ deutlich gezeigt – spielen die rechten Parteien die Rolle der Spaltung der ArbeiterInnenklasse in „Einheimische“ und „Fremde“, in „Normale“ und „Andere“ (Schwule, Transmenschen, FeministInnen, KlimaaktivistInnen,...). In dem sie die Wut der Menschen über die bürgerliche Politik auf „Ausländer“, „Muslime“ oder Greta Thunberg ablenken, können sie gleichzeitig Mehrheiten für härteste Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeitenden organisieren und den Widerstand dagegen schwächen. So wie die FPÖ es in Österreich zweimal gezeigt hat, wird auch die deutsche AfD in einer möglichen Regierung handeln.

Wie kann der Kampf gegen den Faschismus und Rechtsextremismus heute aussehen?

Neben der Aufklärungs- und Gegendemotätigkeit der Antifa-Gruppen, die für den ernsthaften Kampf gegen Rechts im Moment unverzichtbar sind, bedarf es einer wirklichen politischen Alternative. Rechte Ideen können auch deswegen um sich greifen und weit über das Kleinbürgertum hinaus Menschen mobilisieren, weil sie ein Ventil für die Wut über die tägliche Erniedrigung und mangelnde Wertschätzung im Kapitalismus anbieten. Die Faschisten knüpfen an diesem Gefühl an und bieten „echte Männlichkeit“, die man gegen die „linksgrünversifften Spinner“ verteidigen müsse, „Härte“ gegen vermeintlich „faule“ und „fremde Sozialschmarozer“ und ein verlogenes aber wirksames nationales „Wir-Gefühl“ im Fußballfahnenrausch samt Schnitzel und Bier an. Die oft universitäre, kleinbürgerlich-intellektuelle Linke hat da mit dem Appel an „Menschenrechte“, dem Selbstgefühl moralischer Überlegenheit und einer bisweilen unverständlich dargestellten Berufung auf die Wissenschaft wenig anknüpfbares anzubieten. Die revolutionäre Linke ist schwach und zudem oft auch lieber in ihrem eigenen Milieu statt in den Betrieben und vor den Arbeitsagenturen aktiv.

Aber dort liegt heute wie 1932 die Antwort auf den Rechtsruck. Hier müssen wir als revolutionäre Linke – nicht nur als RSO – konkrete Gespräche führen, Antworten auf die Tagesprobleme bieten, den gemeinsamen Kampf organisieren und auch gesellschaftliche Alternativen anbieten. Selbstverständlich schließt das auch ein als Linke insgesamt Stärke zu zeigen und rechte Angriffe auf MigrantInnen aber auch auf gewerkschaftliche Feste und linke Initiativen zurückzuweisen. Aber wenn die Linke sich auf die Verteidigung ihrer Szene und Lebensweise beschränkt und ihr Recht darauf gegen alle einfordert ohne gemeinsam mit den Arbeitenden und Erwerbslosen auf Augenhöhe, mit ehrlichem Interesse und als Teil der ArbeiterInnenklasse Perspektiven zu entwickeln, bleibt auch der Kampf gegen Rechts ein perspektivloses Reagieren auf die Politik der Anderen.

« ... das Erleben Teil einer internationalen und bunten Klasse zu sein, die Grund hat kollektiven Stolz darauf zu entwickeln, alleine die ganze Gesellschaft am Laufen zu halten. »

Nichts vermag die ArbeiterInnenklasse so sehr über „nationale“, religiöse oder sexuelle Spaltungen hinaus zu einen, wie der gemeinsame Kampf. Im gemeinsamen Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, für bessere Arbeitsbedingungen oder für bezahlbaren Wohnraum findet die ArbeiterInnenklasse den Stolz, die gemeinsame Selbstachtung wieder, die stärker als alle „Menschenrechte“ gegen die rechten Umschmeichelungen von „Männlichkeit“ und „Deutschtum“ greift. Hier kann ein ganz anderes aber nicht weniger mächtiges „Wir-Gefühl“ entstehen – das Erleben Teil einer internationalen und bunten Klasse zu sein, die Grund hat kollektiven Stolz darauf zu entwickeln, alleine die ganze Gesellschaft am Laufen zu halten – von den Fabriken, über den Verkehr, in den Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Supermärkten.

Referenzen:

1. Interview in der Kronen-Zeitung vom 28.4.2019:

https://www.krone.at/1911848 .

2. siehe z.B.: www.zdf.de/nachrichten/heute/staatsfeinde-in-uniform-rechtsextremismus-bei-der-polizei-100.html (Juni 2019)

3. https://forumdialog.eu/2019/07/18/deutschland-die-unterschaetzte-rechte-gefahr/

4. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/gruppe-freital-rechtsextremismus-polizei-informationen-ermittlungsverfahren

5. Menschen die sich auf den Tag X vorbereiten. Katastrophen, Weltuntergang, etc.

6. Jörg Köpke: Die rechtsradikale “Kreuz”-Connection und die Bundeswehr, in: Interportal des Redaktionsnetzwerkes Deutschland vom 10. September 2019

7. Der Tagesspiegel (24.6.2019): Rechte Tendenzen bei Polizei und Bundeswehr – www.tagesspiegel.de/politik/rechte-tendenzen-bei-polizei-und-bundeswehr-da-ist-bei-vielen-beamten-etwas-in-schieflage-geraten/24487944.html

8. https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2018

9. Andrea Röpke: 2018 Jahrbuch Rechte Gewalt. München 2018, S. 192.

10. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/

11. https://www.focus.de/politik/deutschland/abwanderung-aus-den-etablierten-parteien-bericht-jeder-zehnte-afd-ler-war-frueher-bei-der-cdu_id_5572992.html

12. https://www.zdf.de/nachrichten/heute/juristin-doris-liebscher-kritik-an-behoerden-umgang-rechtsextremismus-100.html

Streik im öffentlichen Dienst, Hamburg, April 2018. Foto: Wikipedia.

Chile: „Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden“

„El pueblo unido jamás será vencido

Und Chile tanzt, wenn es den Kampf geführt.

Es tanzt vereint, wie es vereint marschiert.. Faschistenpack!

Es kommt, es kommt der Tag, der Siegestag. Dann wird die Rechnung präsentiert ...“

Angesichts der Bilder aus Chile – mehr als 1 Millionen Menschen allein in Santiago auf der Straße – kommen diese Liedzeilen wieder in den Sinn, geschrieben 1973, jenem Jahr, in dem der Kampf der chilenischen ArbeiterInnen in einem blutigen Militärputsch erstickt wurde.

Nun also Chile. Wie in Ecuador wenige Wochen zuvor war es ein scheinbar kleiner Anlass, wegen dem die Unzufriedenheit zum Ausbruch kam. Ausgelöst durch ein Dekret über eine Erhöhung der U-Bahn Preise entwickelten sich in kurzer Zeit landesweite Proteste mit Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden. Die erste Reaktion der Mitte-Rechts-Regierung (der Chef ist Milliardär und einer der reichsten Männer des Landes) war die Verschärfung der Repression bis hin zum Einsatz des Militärs. Mehr als 20 Tote, Tausende von Verletzten und Verhafteten konnten die Bewegung nicht aufhalten, so dass die Regierung schließlich zurückwich und einen „nationalen Dialog“ und eine „neue Sozialagenda“ ankündigte.

Unruhen im neoliberalen Musterländle?

Aber wieso denn soziale Unruhen ausgerechnet in Chile – der angeblichen „Schweiz Südamerikas“? Nach dem Putsch des General Pinochet 1973 wurde das Land zum Testlabor für all die neoliberalen Rezepte, mit denen dann ein Jahrzehnt später unter US-Präsident Reagan und der britischen Premierministerin Thatcher das Kapital weltweit in die Offensive ging. Die blutige Zerschlagung der Arbeiterbewegung schuf ideale Voraussetzungen für die „Chicago Boys“ (einer Gruppe von Wirtschaftsprofessoren), die Rezepte ihrer amerikanischen Lehrer Friedman und Hayek in der Praxis zu testen.

Bei oberflächlicher Betrachtung zeigten die wesentlichen ökonomischen Kennziffern eine über dem südamerikanischen Durchschnitt liegende Entwicklung, so dass Milton Friedman Anfang der 80er vom „chilenischen Wirtschaftswunder“ faselte. Doch wie so oft bei den neoliberalen Erfolgsmeldungen lohnt es sich, hinter die glitzernde Fassade zu schauen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik führte vor allem zu einer weiteren Öffnung der sozialen Schere. Eine Betrachtung der monatlichen Konsumausgaben zeigt das recht eindeutig:

Haushalte	1969	1978
20% (Arme)	$ 164	$ 113
20% (untere Mittelklasse)	$ 255	$ 203
20% (Mittel–klasse)	$ 337	$ 297
20% (obere Mittelklasse)	$ 443	$ 456
20% (Reiche)	$ 862	$ 1.112

Robert G. Wesson: *Politics, policies and economic development in Latin America*: Hoover Press

Diese Entwicklung hat sich seitdem fortgesetzt – und eher noch verschärft. Der Ökonom Piketty spricht heute davon, dass das obere 1% der Chilenen 35% des Reichtums in seinen Händen konzentriert – Tendenz steigend.

Sämtliche Bereiche der Grundversorgung sind privatisiert, selbst die Wasserversorgung. Bildung und Gesundheit sind eine Frage des Geldes, viele Chilenen arbeiten in zwei oder drei Jobs, eine 45-Stunden-Woche ist nicht unüblich. Viele Studenten sind bei jährlichen Studiengebühren von über 7.000 Dollar hoch verschuldet. Der Mindestlohn, letztes Jahr angehoben, beträgt rund 400 Dollar. Entlastung gab es hingegen für die Reichen, 2017 wurde der Spitzensteuersatz von 40 auf 35 Prozent gesenkt.

In dieser sozialen Ungerechtigkeit liegen die Ursachen für die Schärfe und Dauer der Proteste. Ob es dem Regime gelingt, durch Zugeständnisse die Lage noch einmal unter Kontrolle zu bekommen, wird sich zeigen. Doch eines können sie den Massen nicht mehr nehmen – die Erfahrung, dass Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann.

„El pueblo unido jamás será vencido

Steht auf und singt! Ein neues Lied beginnt.

Ein neuer Kampf die Zukunft uns gewinnt. Doch nur vereint besiegen wir den Feind.

Kämpf mit uns, Freund, dass morgen wir die Sieger sind!“

Wie sich globale und regionale Mächte auf Kosten der KurdInnen Nordsyrien aufteilen

In Syrien ist mit dem Einmarsch türkischer Truppen in die von KurdInnen kontrollierten Regionen ein neues Chaos entstanden. Neue Tote, Verletzte, zerstörte Städte, neue Flüchtlinge und verschiedene Armeen, die die Region kontrollieren. Erdoğans kurdenfeindlicher Nationalismus ist dabei auch ein Versuch davon abzulenken, dass die Unterstützung für sein Regime bröckelt. Wirtschaftskrise und steigende Preise führen dazu, dass der Mindestlohn von umgerechnet 312 Euro im Monat im wahrsten Sinne des Wortes ein Hungerlohn ist. Obwohl politische GegnerInnen genauso wie KurdInnen und streikende ArbeiterInnen von ihm verfolgt und eingesperrt werden, hat er bei den Kommunalwahlen in Istanbul eine herbe Niederlage erlitten.

Die Unterstützung von Trump, Merkel und anderen

PolitikerInnen aus aller Welt verurteilten den Angriff Erdoğans, doch die Heuchelei könnte kaum größer sein. Allen voran hat Trump mit der Entscheidung, seine Truppen zurückzuziehen, Erdoğan grünes Licht gegeben.

Denn dass Erdoğan darauf brannte, die kurdischen Kräfte zu zerschlagen oder mindestens zu schwächen, ist lange bekannt. Schon Anfang 2018 hat er im Nordwesten Syriens Krieg geführt und die mehrheitlich kurdische Stadt Afrin samt Umgebung eingenommen. Nur die Anwesenheit der US-Armee hat ihn daran gehindert, schon damals die gesamten Kurdengebiete in Nordsyrien einzunehmen.

Die westlichen Großmächte, allen voran die USA, haben noch vor kurzem die kurdischen Streitkräfte im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ als Bodentruppen benutzt. Sollten KurdInnen die Illusion gehabt haben, dass sie für ihre Dienste mit einer international anerkannten selbstverwalteten Region in Syrien belohnt werden würden, so gab es nun ein böses Erwachen. Trump, Merkel und Co. sind skrupellos. Sie lassen ihre Verbündeten von gestern heute gnadenlos fallen.

Deutschland ist keinesfalls unbeteiligt an diesem Krieg. Deutsche Rüstungsfirmen sind Hauptlieferanten für das türkische Militär. Dieses Jahr hat die Türkei bereits Waffen im Wert von 250 Mio. Euro aus Deutschland erhalten. Obwohl das Jahr noch nicht zu Ende ist, ist dieser Wert jetzt schon höher als alle Exporte seit 2005. Auch deutsche Leopard-Panzer werden jetzt für den Angriffskrieg eingesetzt.

Auch wenn die Bundesregierung offiziell den Einmarsch in Syrien verurteilt, so hat sie nicht mal alle weiteren Waffenlieferungen an die Türkei gestoppt. Mehr als ein paar Krokodilstränen hat Merkel für das Schicksal der Bevölkerung in Nordsyrien nicht. Ihr geht es vor allem um ihren „Flüchtlingsdeal“, mit dem sie Erdoğan zum Türsteher an den Toren der Festung Europa gemacht hat. Solange er u.a. die Menschen, die im Krieg in Syrien alles verloren haben, davon abhält in Europa ihr Glück zu suchen, darf Erdoğan noch ein paar Hunderttau-

Demonstration gegen den Angriff in Qamishlo in Rojava.

sende Flüchtlinge mehr produzieren.

Die Tragödie einer strategisch wichtigen und reichen Erdölregion

Während einer vereinbarten Waffenruhe zogen sich die kurdischen KämpferInnen teilweise zurück. Aber ob jetzt Erdoğan eine von ihm kontrollierte „Pufferzone“ im Kurdengebiet errichten kann, wohin er syrisch-arabische Flüchtlinge aus der Türkei abschieben möchte, ist alles andere als gewiss. Auch das von Russland unterstützte Assad-Regime wittert die Gelegenheit, weitere Teile Syriens wieder unter seine Kontrolle zu bekommen.

Aber was sicher ist: Die Situation wird sich weiter verschlimmern. Alte Spannungen werden sich vertiefen, neue entstehen. Verantwortung tragen die westlichen Industriestaaten, die weiterhin die Strippen ziehen. Dazu gehört es, seit Jahrzehnten Konflikte zu schüren, Kriege selbst zu führen oder führen zu lassen, Bündnisse einzugehen und wieder zu lösen... Die Idee von CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer, Bundeswehrsoldaten in Nordsyrien zu stationieren, wäre eine Fortsetzung dieser Politik. Deutschland hätte einen Fuß mehr in dieser Region, aber keines der Probleme wäre gelöst.

AUS DEN BETRIEBEN

Gillette: Roboter ersetzt Mensch

Wiedermal plant die Geschäftsleitung von Gillette eine Automation und einen damit verbundenen Stellenabbau. Diesmal gibt es die Idee, dass Transportroboter selbstständig Material von A nach B transportieren sollen. Die Maschinen senden automatisch Signale an die Roboter, wenn sie neues Material brauchen oder abgeben wollen. Die KollegInnen, die die jetzigen Transportwagen hin und her fahren und diese dann zu den Maschinen bringen, sollen zum Teil wegfallen. Sobald diese Roboter funktionieren, sollen mehr als ein Dutzend KollegInnen abgebaut werden.

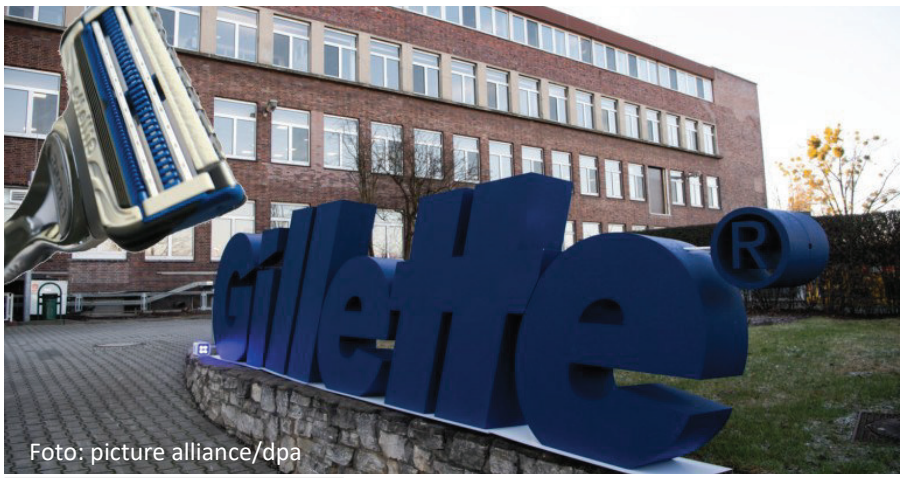


Foto: picture alliance/dpa

Die Arbeit, die die Roboter übernehmen sollen, ist eine monotone Arbeit. Deswegen ist es an sich gut, wenn uns diese Arbeit abgenommen wird. Das Problem mit der Automatisierung ist nur, dass unsere Arbeit nicht erleichtert wird, sondern KollegInnen arbeitslos werden. Es gibt unzählige Beispiele bei Gillette, wie z.B. Roboterarme oder Kamerasysteme, die viele ArbeiterInnen ersetzen sollen oder bereits ersetzt haben. Die Firma zahlt Millionen für diese Automatisierung, nur um Stellen abbauen zu können. Weil die Produktion nur nach Profitinteressen gestaltet ist, profitieren wir ArbeiterInnen nie von solchen „Verbesserungen“. Eine Fabrik unter ArbeiterInnenkontrolle hingegen könnte solche Verbesserungen allen zu Gute kommen lassen. Nur weil die Arbeit weniger wird, muss ja niemand arbeitslos werden: Die verbleibende Arbeit könnte unter allen ArbeiterInnen aufgeteilt werden und jeder Einzelne würde weniger arbeiten. Vor allem würden wir als KollegInnen dann selbst nach Verbesserungen suchen, um uns die Arbeit zu erleichtern. So aber freuen sich alle, wenn die Roboter nicht funktionieren – es sichert schließlich unsere Arbeitsplätze. Das zeigt wie absurd die kapitalistische Wirtschaft funktioniert. Mensch macht lieber beschissene Arbeit als gar keine, weil wir Geld zum Überleben brauchen.

Mehr auf: www.sozialismus.click/category/aus-den-betrieben/gillette

Kein „Weiter so“: Tarifloser Zustand im Öffentlichen Dienst

In der größten Tochterfirma des Berliner Universitätskrankenhauses Charité, der Charité Facility Management (CFM), wird seit mehreren Jahren ein Tarifkampf um höhere Löhne und geregelte Arbeitsbedingungen geführt. In der CFM finden sich dienstleistende Bereiche wie das Catering, der externe und interne Transport, die Reinigung, die Sicherheit oder auch die Medizintechnik usw. - 2,800 KollegInnen sind insgesamt dort beschäftigt.

Nach mehreren Streiks zwischen 2011 und 2017 konnte zwar ein sogenannter betrieblicher Grundlohn von 11€ für alle Berufsgruppen erreicht werden, doch die Umsetzung der eigentlichen Forderung „TVöD für Alle“ ist noch immer nicht absehbar. Zum 1. Januar 2019 zwang das Land Berlin die ihm zugehörige Charité, die CFM in eine 100% ige Tochter umzuwandeln und das bisher zu 49% beteiligte privatwirtschaftliche Konsortium (Vamed, Dussmann, Hellmann) herauszukaufen. Diese Konstruktion ändert jedoch nichts an dem tariflosen Zustand für viele Beschäftigte in der CFM.

Bereits 2011 fand der erste Arbeitskampf um einen einheitlichen Tarifvertrag an der CFM statt, mehr als 12 Wochen wurde gestreikt, jedoch konnte kein Tarifvertrag durchgesetzt werden. 2017 fand der bisher letzte Arbeitskampf bei der CFM statt. Nach mehreren Wochen Streik machte die CFM-Geschäftsführung ein Angebot: 11 Euro betrieblicher Grundlohn, ab Dezember 2019 dann eine Erhöhung auf 11,50 Euro und eine Laufzeit dieser Vereinbarung von 37 Monaten. Also drei Jahre Friedenspflicht! Die Ver.di-Gewerkschaftsmitglieder in der CFM lehnten dies ab. Entsprechend der schnellen Interpretation der Ver.di-Landesebene, dass hier nicht die Höhe des Grundlohnes abgelehnt wurde, sondern die Laufzeit, konnte man sich schnell mit der CFM-Geschäftsführung einigen und die 11 Euro auf eine Laufzeit von 19 Monaten bis zum Sommer 2019 festschreiben.

Die AktivistInnen versuchen seitdem, nach innen die Streikbereitschaft zu erweitern und nach außen auf politischer Ebene die Konstruktion CFM zu skandalisieren. Seit dem Sommer 2019 gibt es nun „regelmäßige“ Tarifverhandlungen, bei denen ein Tarifvertrag ausgehandelt werden soll, der an den des öffentlichen Dienstes angelehnt ist: geregelte Urlaubstage, bessere Vergütung, Weihnachts- und Urlaubsgeld, 38-Stunden-Woche, etc. Wie schon in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre setzt die Geschäftsführung auf Verzögerung. Regelmäßig heißt nämlich einmal monatlich Verhandlungen. Ziel ist es dabei wohl, die Beschäftigten hinzuhalten, um solange wie möglich so wenig wie möglich zahlen zu müssen.

> « Dazu muss die CFM, die Charité und der Berliner Senat gezwungen werden. »

Das Hauptinteresse der CFM Geschäftsführung ist es anscheinend, die schwarze Null der Charité zu ermöglichen – auf dem Rücken der Arbeitenden. So ist dann wohl auch das Motto der CFM: „Wir machen Charité möglich“ in Wahrheit zu verstehen.

Generell haben Ausgliederungen im öffentlichen Dienst kaum zur Folge, dass Dienstleistungen besser werden, wie dies an zahl-

losen Beispielen auch im Gesundheitssektor tagtäglich sichtbar wird, sondern es geht darum, Geld zu sparen und bestehende Tarifregelungen zu umgehen. Im gesellschaftlichen Interesse sollte aber nicht die schwarze Null stehen, sondern eine qualitative Gesundheitsversorgung. Kämpfe in deutschen Krankenhäusern wie z.B. im Uniklinikum Düsseldorf mit ihren Töchtern haben gezeigt, dass eine vollwertige Wiedereingliederung in den Mutterkonzern möglich ist, einschließlich der Löhne und Arbeitsbedingungen. Und dazu muss die CFM, die Charité und der Berliner Senat gezwungen werden.

Mehr auf: www.sozialismus.click/category/aus-den-betrieben/charite/

Wien: Erfolgreicher Kampf der Pflege

Wie wir bereits in Aurora Nr. 2 berichtet haben, haben sich PflegerInnen der Krankenhäuser in Wien seit März organisiert und demonstriert. Das Ziel war ziemlich klar. Es soll die freiwillige Möglichkeit geschaffen werden, in ein neues Gehaltsschema zu wechseln, in dem neue MitarbeiterInnen deutlich mehr verdienen. Am 9. November hat der Wiener Bürgermeister verkündet. Die Umstiegsmöglichkeit soll für alle 60,000 Bediensteten der Stadt Wien geschaffen werden. Dass sich jetzt einzelne Gewerkschaftsfraktionen den Erfolg auf die Fahnen schreiben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, wer hier erfolgreich gekämpft hat. Demonstrationen und lautstarke Kundgebungen haben Druck aufgebaut, während die Gewerkschaften sich von der Bewegung distanziert haben, die Forderung nicht unterstützt haben und versucht haben sie zu demobilisieren. Der Erfolg beweist, dass es sehr wohl möglich ist seine Ziele zu erkämpfen und er ist ein Vorbild für andere Berufsgruppen. Oft werden Demonstrationen zu symbolischen Aktionen um ein Zeichen zu setzen, ohne an die Erreichung eines Ziels zu glauben. Das wurde von der Bewegung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchbrochen.

Wir hoffen, dass die Basisstrukturen, die sich in der Bewegung herausgebildet haben, weiter existieren. Denn allen ist klar. In der Pflege und den Krankenhäusern gibt es für kämpferische Bewegungen noch viel zu tun.

Die RSO Wien hat mit dem Betriebsflugblatt Klartext die Bewegung von Anfang an unterstützt und gratuliert zum gemeinsamen Erfolg.

Andreas Malm – Das fossile Kapital (2016)

Unter den zehn umsatzstärksten Konzernen weltweit sind neben zwei Automobilkonzernen sechs Ölkonzerne. Das globale Kapital ist also zu sehr großen Teilen fossiles Kapital, das heißt seine Profite werden entweder in der Erzeugung oder im Verbrauch fossiler Brennstoffe wie Erdöl, Kohle oder Erdgas gewonnen. Doch wie kam es überhaupt dazu, dass das Zeitalter des Kapitalismus auch das Zeitalter der fossilen Energie ist?

Das 2016 erschienene Buch Fossil Capital des schwedischen Humanökologen Andreas Malm gibt gute Antworten auf diese Frage. Malm leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die historischen Ursachen des Zusammenhangs zwischen fossiler Energie und Kapital zu verstehen. Die Stärke seines Ansatzes liegt darin, dass er aufgezeigt hat, wie die neue Technologie der Dampfmaschine nicht auf dem „neutralem Boden“ der Wissenschaft und des „Fortschritts“ zum Einsatz kam, sondern auf dem Boden des Klassenkampfs. Die immense Erhöhung der Produktivität ist nicht Ausdruck eines Zeitalters der Vernunft, getragen von der Bourgeoisie, gestützt auf die Wissenschaft. Vielmehr ist sie Ausdruck sozialer Konflikte, die die Bourgeoisie in die Enge getrieben haben.

Ein großer Teil des Buchs ist eine Untersuchung der Rolle, die fossile Energie im Klassenkampf im England des 19. Jahrhunderts gespielt hat. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich dort die Steinkohle gegenüber der Wasserkraft als zentraler Energieträger durchgesetzt.

Kohle gegen Wasser

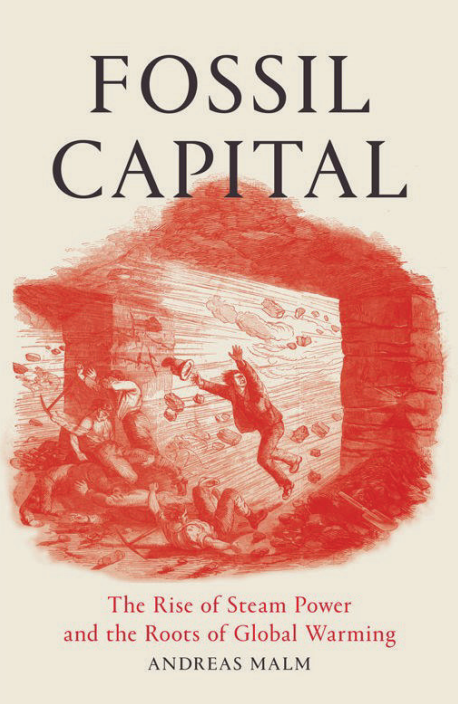
Von ihren Eigenschaften her eignete sich die Steinkohle ideal für die Kapitalisten*. Im Gegensatz zum Wasser liegt die Kohle unter der Erde und bewegt sich nicht. Sie kann unabhängig von Wetterschwankungen eingesetzt werden und auf eine Mine kann wesentlich einfacher Besitzanspruch erhoben werden als auf Wasser, das im 19. Jahrhundert in England noch als Gemeineigentum galt. Ist die Kohle erst einmal abgebaut, kann sie hervorragend transportiert werden und sich in den Händen von Fabriksbesitzern konzentrieren.

Das erklärt aber nicht, warum sich die Kohle als Energieträger durchsetzte. Schließlich gab es kein Genie, das alle Kapitalisten von dieser stechenden Logik überzeugte. Genau wie nicht allein großer Erfindergeist dazu führte, dass die Baumwollindustrie Dampfmaschinen statt wie zunächst Wasserkraft einsetzte. Vielmehr erwiesen sich all diese Vorteile der Kohle als Kampfinstrument in den Händen des Kapitals gegen die Arbeitenden.

Kohle und Arbeitszeit

Die Kohle spielte im Übergang von kleinteiligen und dezentral produzierenden Textilfabriken zu großen und hoch profitablen Textilfabriken, die um Großstädte angesiedelt waren, eine fundamentale Rolle. In größeren Städten wurde schon seit dem 16. Jahrhundert Kohle weitreichend genutzt: zum Heizen, Kochen und Schmieden. Sie konnte im 19. Jahrhundert auch für die Produktion eingesetzt werden.

Aber auch die Zeit spielte eine wichtige Rolle für die enorme Expansion der Textilfabriken. Ständig klagten Kapitalisten, dass die ArbeiterInnen zu störrisch, faul oder langsam waren. Durch die Kohle gab es im Gegensatz zu wetterabhängigen Energiequellen einen konstanten Energiefluss – die Dampfmaschinen konnten nicht durch zu viel oder wenig Regen ins Stocken gebracht werden. Die Unabhängigkeit von der Wasserenergie half den Fabrikbesitzern, die Arbeitszeit möglichst weit auszudehnen. Dampfmaschinen konnten bei jedem Wetter und rund um die Uhr laufen.



So wurde das Thema Arbeitszeit zu einem wichtigen Kampffeld der ArbeiterInnenklasse. Durch massive Streikbewegungen wurde in Britannien bis 1848 der 10-Stunden-Tag erstritten. Durch neue technische Möglichkeiten gelang es dem Kapital jedoch, die Arbeitszeit zu verdichten, um in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu produzieren. Aus den ersten Dampfmaschinen wurden Hochdruckdampfmaschinen. Die Nachteile, die diese für die ArbeiterInnen mit sich brachten, waren gewaltig: Häufig explodierten die Boiler und die Kapitalisten setzten bewusst das Leben der ArbeiterInnen aufs Spiel, um ihre Profite zu erhöhen. Mit neuen Maschinen konnten auch Löhne gedrückt werden, ganze Schichten von ArbeiterInnen deklassiert und durch billige, ungelernte ersetzt werden. In diesen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit ging es um Fragen der Arbeitszeit, der Löhne und der Kontrolle im Produktionsprozess. Aber auch die ökologische Dimension spielte immer wieder eine Rolle.

ArbeiterInnen und Ökologie

Heute wird behauptet, dass ArbeiterInnen „egoistisch“ an ihren Arbeitsplätzen hängen würden, ihre Arbeit etwa in der Autoindustrie aber eine unökologische sei und sie deswegen einer nachhaltigen Gesellschaft im Weg stehen würde. Aber bereits im 19. Jahrhundert bildete sich in der ArbeiterInnenbewegung eine Tradition, die eine andere Geschichte erzählt. Es war die Luft der ArbeiterInnen, die in Städten verschmutzt wurde und es war auch ihre Gesundheit, die auf dem Spiel stand. All das passierte im Interesse des Kapitals. Die ArbeiterInnen wollten ihren eigenen Zugang zur Natur, die nicht durch die Diktatur einiger Kapitalisten verseucht wird. Wie man dahin kam, war im 19. Jahrhundert allerdings unklar. 1842 gab es in England den ersten Generalstreik. Berg-arbeiterInnen, SpinnerInnen und WeberInnen kämpften gemeinsam. Die ArbeiterInnen marschierten und holten immer mehr ArbeiterInnen aus Fabriken, die noch am Laufen waren, bis das ganze Land stillstand.

Der Kampf der ArbeiterInnen in den Fabriken richtete sich zunächst direkt gegen die Maschinen, die zum Stillstand gebracht und oft sogar zerstört wurden. Die ArbeiterInnen wollten aber nicht zurück in eine Zeit ohne Maschinen, sondern kämpften so für das allgemeine Wahlrecht, eine Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne. Zugleich zeigte sich aber auch der Keim eines ökologischen Bewusstseins.

In den Zeitungen der ArbeiterInnen wurde dargelegt, dass die Kohle und die Maschinen die Basis waren, auf die sich die herrschende Klasse stützte. In den Gedichten und Liedern der Arbeitenden ging es um die Zerstörung der Umwelt, die sich am deutlichsten im schwarzen Rauch zeigte, der um die Industriestädte aufstieg. Die ArbeiterInnen erkannten die Bedrohung, die die Unterwerfung der Natur im Interesse des Kapitals bedeutete. Nicht zuletzt, weil sie diese am eigenen Leib spürten.

Es ist wichtig, sich diese Tradition der ArbeiterInnenbewegung heute wieder ins Gedächtnis zu rufen. Wir wollen in einer Welt leben, in der ein gutes Leben für Alle möglich ist. Die Kontrolle darüber, was mit der Natur passiert und wie ArbeiterInnen zu leben haben, muss dem Kapital entrissen werden. Um diesen politischen Willen durchzusetzen, wird es auch heute notwendig sein, die KapitalistInnen an ihrer umweltzerstörerischen und höchst profitablen fossilen Grundlage zu treffen: In der Automobil- und Ölindustrie. Es wird heute wie schon beim ersten Generalstreik zentral sein, dass Arbeitende verschiedenster Bereiche diesen Kampf gemeinsam führen.

Vieles hat sich seit dem 19. Jahrhundert geändert. Der Kapitalismus umfasst mittlerweile den gesamten Globus, das Erdöl hat die aber noch immer wichtige Kohle als meistgebrauchten Energieträger abgesetzt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich im globalen Norden das Auto als individuelles Massenverkehrsmittel durchgesetzt. Heute ist angesichts der drohenden Klimakatastrophe viel von Elektroautos die Rede. Die globale ArbeiterInnenklasse , auch wenn sie in vielem anders aussieht als 1850, ist mittlerweile größer denn je.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts blieb aber das fossile Standbeil des Kapitalismus beständig. Trotz der Großdemonstrationen der Klimabewegung im letzen Jahr erwartet die OPEC bis 2040 weiter einen Anstieg im Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas. Es ist dieses Standbein, das die ArbeiterInnenklasse heute dem Kapital entreißen muss. Auch wenn Andreas Malm die Frage der Rolle der ArbeiterInnenklasse im Kampf um die Klimakatastrophe nur vage streift, liefert seine Analyse der Kreativität, die die ArbeiterInnenklasse im Kampf gegen das Kapital und für ein gutes Leben zeigt, viele auch für die vor uns stehenden Kämpfe inspirierende und erhellende Beispiele und Ideen.

* Hier wird bewusst nur die männliche Form verwendet, um klar zu machen, dass Kapital und Fabriken im England des 19. Jahrhunderts zu absolut überwiegendem Teil unter der Kontrolle von Männern waren.

Wutausbruch bei der französischen Bahn

Am Freitag, den 18. Oktober standen die Züge in Frankreich plötzlich still: mehr als 60% fielen aus, in einigen Regionen fuhr nicht ein einziger Zug. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: vom Premierminister bis zum Chef der SNCF (der französischen Bahngesellschaft) klagten alle um die Wette über einen „wilden", „illegalen" Streik; einen „Überraschungsstreik", als hätten die BahnerInnen alles hinterrücks geplant, um die Fahrgäste zu überrumpeln.

Der Auslöser dieser Bewegung war ein Unfall auf einer Regionallinie. Zwei Tage zuvor war ein Zug frontal mit einem LKW- Sonderkonvoi zusammengestoßen, an einem der zahlreichen, aus Kostengründen schlecht gesicherten Bahnübergänge, wo es immer wieder zu Unfällen kommt. Der verletzte Lokführer musste alleine 1,5 km an den Bahngleisen entlanglaufen, um die Sicherheitsprozedur einzuleiten und Schlimmeres zu verhindern. Währenddessen blieben die Passagiere (darunter 11 Verletzte) ohne Durchsage im Zug eingeschlossen. Denn um Kosten zu sparen lässt seit einiger Zeit die SNCF viele Regionalzüge ohne ZugbegleiterInnen fahren.

Dagegen wurde bereits lokal gestreikt, doch diesmal war die Antwort frankreichweit und massiv! Zunächst spontan, dann ermuntert durch einige Gewerkschaften beschlossen die BahnerInnen, ihr Rücktrittsrecht einzufordern, welches bei Sicherheitsbedenken erlaubt, seine Arbeit nicht anzutreten (was jedoch rechtlich nicht mit Forderungen verbunden sein darf).[1]

Denn um zu streiken, müssen sich die BahnerInnen seit einigen Jahren zwei Tage im Voraus melden, was spontane Arbeitsniederlegungen unmöglich macht... oder machen soll. Denn wie die BahnerInnen gezeigt haben, ist alles letzten Endes eine Frage des Kräfteverhältnisses, und nicht von Streikrechtsparagraphen!

Nach dem Wochenende und einem überraschend starken Streik (da die Bahn häufig Führungskräfte als Streikbrecher einsetzt, kann man von mehr als 60% Streikenden ausgehen) haben die Gewerkschaften jedoch wieder zur Arbeit aufgerufen und den „wirklichen Streik" auf den 5.12. verschoben, an dem bereits mehrere Gewerkschaften und Branchen gegen die Rentenreform[2] streiken. In den meisten Orten hat es jedoch noch einige Tage gedauert, und andernorts sind neue Arbeitsniederlegungen wegen ähnlicher Probleme ausgebrochen. In der Champagne, wo der Unfall geschah, fuhr am Montag, den 21.10 immer noch kein einziger Regionalzug!

Die konkreten Ergebnisse wird man nun wahrscheinlich in lokalen Verhandlungen sehen. Doch vor allem haben die BahnerInnen gezeigt, dass man sich den Angriffen der KapitalistInnen nicht wehrlos ergeben muss!

Und man sieht bereits die Auswirkungen auf die Kampfmoral: In drei Instandhaltungswerken sind in der Woche darauf erneut wilde Streiks für Gehaltserhöhungen ausgebrochen, die der SNCF noch einmal zu schaffen gemacht haben!

Dies ist nun bereits der zweite größere Warnschuss für Macron und seine geplante Rentenreform nach dem überraschend starken Streik im Pariser ÖPNV am 13.09., der die Stadt komplett lahmgelegt hatte. Es lässt uns somit hoffen, dass der Ärger sich zu einer gemeinsamen Bewegung der Arbeitenden gegen diese Reform entwickelt.

« Dies ist nun bereits der zweite größere Warnschuss für Macron und seine geplante Rentenreform nach dem überraschend starken Streik im Pariser ÖPNV am 13.09., der die Stadt komplett lahmgelegt hatte. »

Auch in Deutschland und Österreich klagen die Arbeitenden über mangelnde ZugbegleiterInnen und fehlende Aufsichten bei Regionalzügen, oder z.B. in der Berliner S-Bahn. Denn das Prinzip ist immer das gleiche, gerade bei (Teil-) Privatisierungen und Verbetriebswirtschaftlichung der Bahn: die profitablen Bereiche werden meistbietend versteigert oder ausgelagert. Alles was hingegen unerlässlich für die Sicherheit von Arbeitenden wie Fahrgästen ist, aber weniger lukrativ ist und mehr Investitionen benötigt,

Foto: Alain Jocard / AFP

wird vernachlässigt... oder im Notfall durch unser Steuergeld nachfinanziert. In Frankreich hat sich der Ärger nun Luft verschaffen: über den Unfall, aber auch über die konstanten Angriffe auf Gehälter, Arbeitsbedingungen und Renten.

Die richtige Antwort darauf haben die BahnerInnen in Frankreich gezeigt: hier wie dort werden die KapitalistInnen nur dann etwas ändern, selbst bei den elementarsten Sicherheits- und Arbeitsbedingungen, wenn wir sie bei ihrem Portemonnaie packen und daran erinnern, dass ohne die BahnerInnen die Züge still stehen!

Anmerkungen:

1. Auch in Deutschland ist dies im Arbeitsschutzgesetz (u.a. §3) bewusst vage gehalten ... doch man mag sich schwer vorstellen wie die SNCF oder DB gegen zehntausende Streikende Disziplinarmaßnahmen ergreifen will!

2. Die Rentenreform sieht u.a. vor, die Rente nicht mehr aufgrund der 15 besten Jahre zu berechnen, sondern auf die gesamte Arbeitszeit, *de facto* ein späteres Renteneintrittsalter und zudem ein Punktesystem, dessen Wert jederzeit abgeändert werden kann. In anderen Worten, länger arbeiten für weniger Rente ... und ohne im Voraus wirklich zu wissen, wieviel man bekommt!

IMPRESSUM

Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Flyeralarm GmbH, Würzburg |
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin

Di, 26.11 - 30 Jahre Wende in der DDR - Ende des Sozialismus?

Di, 10.12 - Einen Platz an der Sonne - Wie Deutschland wieder zur Militärmacht werden möchte.

Die Falken - Bülowladen, Bülowstraße 39
18.00 - 19.30 Uhr

Wien

Di, 19.11 - Offenes Kennenlerntreffen

Di, 26.11 - Film und Diskussion: 10 Jahre „uni brennt“

Di, 3.12 - Grüne + Kapitalismus = Grüner Kapitalismus?

Amerlinghaus Raum 4, Stiftgasse 8, 1070 Wien
Jeweils ab 19 Uhr

Düsseldorf

Do, 14.11, 19 Uhr - Marxismus und Religion. Im ZAKK (Fichtenstr. 40).

Do, 17.10, 19 Uhr - Die Pariser Commune 1871 - was passiert wenn die Arbeitenden die Macht übernehmen?
Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 28.11, 19 Uhr – Steuererhöhungen, Sparmaßnahmen, Streiks und Straßenblockaden - was ist los im Libanon?
Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 5.12 , 19 Uhr - 1914: Aufstieg und (Um-)Fall der deutschen Sozialdemokratie
Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 12.12, 19 Uhr - RSO-Veranstaltung im ZAKK (Fichtenstr. 40). Weitere Informationen auf Facebook, Instagram oder auf www.sozialismus.click

Mi, 18.12 , 19 Uhr - Lesung mit Dr. Joachim Schröder (Hrsg.) „Ewald Ochel - was die nächste Zeit bringen wird, sind Kämpfe“ (Autobiographie eines Düsseldorfer Kommunisten 1914-21)
Café Solaris, Kopernikusstr. 53

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die Welt, in der wir heute leben, bietet enorme Möglichkeiten: Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten sowie des gesamten mensch-lichen Wissens kann allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern. Doch Sozialabbau, schlechter werdende Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür sind Alltag. Hunger, Krieg und Umweltzerstörung werden von vielen Menschen auf der Welt alltäglich erlebt. Ursache dafür ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Um den verschiedensten Problemen etwas entgegensetzen zu können, müssen wir kämpfen. Streiks und Massenproteste sind die einzigen Mittel, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Gewerkschaftsführungen und Parteien, wie DIE LINKE oder SPD haben sich diesem notwendigen Kampfprogramm nicht verpflichtet. Auch Probleme wie Rassismus, Frauenunterdrückung und jede andere Art von Diskriminierung müssen wir bekämpfen. Nur die Einheit der verschiedenen unterdrückten Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse kann die Mächtigen in ihre Schranken verweisen. Wir müssen uns organisieren und den sozialen Konflikten eine kämpferische Perspektive geben, die keine Grenzen kennt. Zu diesem Zweck müssen wir uns auch international organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich eine unabhängige Partei schaffen, um ihre Interessen politisch durchzusetzen.

Es ist längst überfällig, den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschen international und friedlich zusammenarbeiten und in der sowohl Produktion als auch Verteilung der Ressourcen unter demokratischer Kontrolle der Arbeitenden dieser Welt stehen. Hierfür ist eine Revolution der ArbeiterInnen aller Länder nötig. Dafür kämpfen wir!

Die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) ist eine antikapitalistische Gruppe in der Tradition des Trotzkismus. Wir sind für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei in Deutschland sowie den Aufbau der Vierten Internationale in der Welt.

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 176 35253643

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net